

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/148

6. August 1973

Das Fazit des Ostberliner Festivals

Ein Erfolg für die demokratische Jugendverbände der BRD

Von Johannes Rau
Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Vorsitzender der Kommission Jugendpolitik beim SPD-Vorstand und Minister von Nordrhein-Westfalen

Seite 1 und 2 / 84 Zeilen

Überprüfung der EWG-Agrarpolitik

Neuordnung der Weltagrarmärkte notwendig geworden

Von Dr. Martin Schmidt-Gellersen MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Gerhard Stoltenberg und die Stabilität

Notwendige Klarstellungen zu Kieler Agitationen

Seite 5 und 6 / 87 Zeilen

Die Diskussion in der SPD

Anmerkungen zu aktuellen Vorgängen

Seite 7 / 34 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Steiner-Detektiv" Reddemann und Julius Steiner

Seite 8 und 9 / 48 Zeilen

Das Fazit des Ostberliner Festivals

Ein Erfolg für die demokratischen Jugendverbände der BRD

Von Johannes Rau

Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Vorsitzender der Kommission Jugendpolitik beim SPD-Vorstand und Minister von Nordrhein-Westfalen

Die Reise der demokratischen Jugendverbände nach Ostberlin hat sich gelohnt. In dieser Beurteilung sind sich Delegationsmitglieder und unvoreingenommene Beobachter aus der Bundesrepublik einig. Nach den schlechten Erfahrungen mit den IX. Weltjugendfestspielen in Sofia 1968, wo es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen kritischen und orthodoxen Linken gekommen war, sahen Gastgeber und Gäste dem Ostberliner Festival mit Skepsis entgegen, das die Jugend der Welt im Kampf "für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" vereinen sollte. Aber die gegenseitigen Vorbehalte wurden schon nach wenigen Tagen ausgeräumt. Zwar gab es auch Schwierigkeiten: zu kleine Kartenkontingente für die 850 Mitglieder der westdeutschen Delegation und die rund 120 akkreditierten Journalisten aus der Bundesrepublik oder die Zurücksetzung der sozialdemokratischen Abgeordneten auf dem internationalen Parlamentariertreffen. Aber die Differenzen konnten nach maßvollen Protest und behutsamen Verhandlungen beseitigt werden.

Die pluralistische Zusammensetzung der im "Initiativ Ausschuss X. Weltjugendfestspiele" zusammengefaßten Jugend- und Studentenorganisationen der Bundesrepublik sorgte für ein bei keiner anderen Delegation vorhandenes Meinungsspektrum. Dabei hatten sich nach meiner Beobachtung die in der "Koordinierungsgruppe X. Weltfestspiele" zusammengefaßten demokratischen Jugendverbände trotz unterschiedlicher Auffassungen bei ihrem Beitrag zum Festival als engagierte Demokraten erwiesen, während die Argumente der Verbände des "Arbeitskreis Festival" sich oft nicht von denen der FDJ unterschieden oder sie sogar in ihrem Dogmatismus übertrumpften. Dies ist, so meine ich, der Hauptgrund dafür, daß die Koordinierungsgruppe innerhalb der Gesamtdelegationen sehr stark dominierte und von vielen als eigentliche Repräsentanz der Bundesrepublik angesehen wurde.

Das Festival hatte viele Gesichter. Die Massenmeetings waren vor allem dem Befreiungskampf der Dritten Welt und der einmütigen Anklage gegen den Imperialismus gewidmet. In den Konferenzen und Seminaren konnten unterschiedliche Standpunkte zu einer Fülle von weltpolitischen Themen vertreten werden. Ein Nachteil dieser Veranstaltungen schien mir jedoch zu sein, daß die meisten Redner vorbereitete Erklärungen verlasen und kaum einer auf die Argumente der Vorredner einging. Es fehlte an einer spontanen Diskussion mit Meinung und Gegenmeinung. So kam es, daß die interessantesten Gespräche und Diskussionen am Rande oder außerhalb der offiziellen Veranstaltungen stattfanden. Sehr ergiebig waren auch die bilateralen Begegnungen zwischen einzelnen Delegationen oder Jugendverbänden, bei denen bestehende Kontakte ausgebaut und neue geknüpft wurden. So gab es am 2. August 1973 die erste Begegnung

zwischen einer offiziellen Jugenddelegation aus der Bundesrepublik und führenden Vertretern der FDJ, bei der fair und offen auch über heikle Punkte diskutiert wurde. Am fruchtbarsten waren schließlich die Gespräche in kleinen Gruppen und die Einzelunterhaltungen.

Für die Sozialdemokraten standen die Rede Wolfgang Roths und die permanenten Diskussionen auf dem Alexanderplatz im Mittelpunkt. Zum ersten Mal trat ein Mitglied des SPD-Parteivorstandes in Gegenwart von DDR-Ministerpräsident Stoph bei einem Massenmeeting in der DDR auf und hielt eine viel beachtete Rede. Daß Roths Ausführungen, die im vollen Wortlaut vom "Neuen Deutschland" veröffentlicht wurden, in ihren Passagen über den Abbau von Behinderungen und die Abrüstung in Ost und West von den Zuhörern zurecht als Kritik auch an der Politik der DDR gewertet wurden, zeigten der spärliche Beifall und die Pfiffe aus dem Publikum. Nur "Bild" und der hessische CDU-Landesvorsitzende Alfred Dregger haben das nicht begriffen.

Die Diskussionen auf dem Alexanderplatz zwischen westdeutschen Teilnehmern und Bürgern der DDR entwickelten sich zu einem Forum des freien Meinungsaustausches, obgleich dafür abgestellte Funktionäre versuchten, der Sache eine andere Richtung zu geben. Es beteiligten sich auch viele DDR-Bürger, die oft die Diskussion untereinander kontrovers fortführten. Dabei bestand ein besonderes Interesse an den Positionen der SPD. Hauptstreitpunkte waren die Frage nach der Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, unterschiedliche Auffassungen von Sozialismus und das Ausmaß menschlicher Erleichterungen. Die interessantesten Gespräche ergaben sich oft erst anschließend in persönlichen Unterhaltungen beim Bier oder bei privaten Einladungen. In den vielen Diskussionen wurde deutlich, daß es in der Bevölkerung ein zunehmendes Selbstbewußtsein gibt, das sich neben dem der Staatsführung entwickelt hat und nicht in allen Punkten mit ihm übereinstimmt.

Man muß sich fragen, ob es der politischen Führung der DDR möglich ist, diese Ansätze zu einer weltoffenen Liberalität nach den Spielen wieder zurückzuschrauben. Zu offensichtlich ist, wie sehr die Bürger der DDR daran Gefallen gefunden haben. Während der Weltfestspiele in Ostberlin wurde ein Beispiel gegeben für die viel berufenen menschlichen Kontakte, die notwendige Information und den freien Meinungsaustausch zwischen Menschen, die in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen leben. Vielleicht liegt daran die größte Bedeutung der Festspiele. (-/6.8.1973/ks/ee)

+ + +

Überprüfung der EWG-Agrarpolitik

Neuordnung der Weltagrarmärkte notwendig geworden

Von Dr. Martin Schmidt-Gellersen MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Das amerikanische Futtermittellembargo, insbesondere für Soja, seine Vorgeschichte und seine Folgen haben gezeigt, wie unsolide die Basis der Weltagrarmärkte war und ist. Nicht das Ausbleiben der Fischeschwärme vor den Küsten Perus und auch nicht die amerikanischen Soja- und Getreideverkäufe an die Sowjetunion die, wie wir heute wissen, mit erheblichen Dollarmillionen subventioniert waren, haben den entscheidenden Ausschlag gegeben, daß der Preis für Soja-schrot in Europa innerhalb eines Jahres auf das Vierfache gestiegen ist, sondern die Spekulation gegen den Dollar und eine von Maklerfirmen angeheizte Toto-Stimmung, die gut verdienende Mittelstandsbürger diesseits und jenseits des Atlantiks gereizt hat, sich in riskanten Warentermingeschäften zu engagieren.

Anstatt den Spekulanten gehörig auf die Finger zu klopfen, hielt es die amerikanische Regierung für angebracht, ihre traditionellen Abnehmer in Europa zu diskriminieren, deren Versorgung mit Futtermittel zu 95 vH. von Zufuhren abhängt. Dieses Verhalten ist umso unbegreiflicher, als die USA tagein tagaus nicht müde wurde, der EWG trotz steigender Einfuhren den Vorwurf der Autarkie zu machen. Dem schlechten Beispiel sind inzwischen einige weitere Exportländer gefolgt, was den Preisauftrieb in Europa natürlich verschärft.

Wie soll die EWG darauf reagieren? Wichtige Entscheidungen sind bereits gefallen: Es wurde Vorsorge getroffen, daß das Wenige an Eiweißfutter, das in der Gemeinschaft produziert wird, nicht nach draußen fließt. Der Möglichkeit, daß den amerikanischen Restriktionen bei Soja auch Beschränkungen bei Mais folgen könnten, versucht die Gemeinschaft mit einer Verordnung zu begegnen, die notfalls auch Abgaben bei der Getreideausfuhr und sogar Export-

sperrern zuläßt. Solche Maßnahmen passen zwar nicht in das liberale Bild, das sich manche Leute vom Welthandel machen, sind aber für ein Zuschußgebiet wie die EWG in der durch das amerikanische Vorgehen geschaffenen Lage nicht zu umgehen. Trotz der Überschußprobleme in Teilbereichen, die groteskerweise ihre Ursachen auch in den steigenden Sojaeinfuhren haben, ist nun einmal die Wirtschaftsgemeinschaft immer noch das größte Einfuhrgebiet für Agrarprodukte in der ganzen Welt.

Neben den Sofortmaßnahmen diskutiert man jetzt allenthalben auch weitgehende Pläne. Vorschläge gibt es genug. Man wird sie alle sorgfältig prüfen müssen. Sie reichen u.a. von der Anlage von Eiweißfuttermitteln bis zum Aufbau - sprich: Subventionierung - einer größeren Eigenproduktion an pflanzlichem Eiweiß. Auch liegt es nahe zu untersuchen, ob die Gemeinschaft bei Pflanzeneiweiß nicht einen größeren Anteil als bisher aus Entwicklungsländern beziehen sollte, was natürlich voraussetzt, daß diese zu regelmäßigen Lieferungen bereit und in der Lage sind. Dabei wäre es wohl nicht zu umgehen, solchen Ländern eine Garantie gegen einen extremen Preisverfall zu geben.

Für welche Maßnahmen sich die Gemeinschaft auch immer entscheidet, sie kann es nicht länger hinnehmen, daß ihre Versorgung mit einem wichtigen Rohstoff von Warentermin-Spekulanten abhängt. Über das nicht gerade kluge, um nicht zu sagen unfaire Verhalten der amerikanischen Regierung wird auch und gerade bei den GATT-Verhandlungen im Herbst zu reden sein. Sie müssen zum Ausgangspunkt einer Neuordnung der Weltagrarmärkte, insbesondere im Hinblick auf die Preisstabilität werden. Und nicht zuletzt wird die Überprüfung der EWG-Agrarpolitik auch die Erfolge des Jahres 1973 berücksichtigen müssen. Das sollten uns hüten, ins weltpolitische Wechselbad zu geraten.

(-/ 6.8.1973/ks/wt/ex)

+ + +

Gerhard Stoltenberg und die Stabilität

Notwendige Klarstellungen zu Kieler Agitationen

Der schleswig-holsteinische CDU-Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg versucht immer wieder, sich als Sprecher der CDU auf Bundesebene zu profilieren. Neuerdings bemüht er sich, der Bundesregierung die Notwendigkeit eines Haushaltssicherungsgesetzes schmackhaft zu machen. Nachdem seine früheren ständigen Fehlprognosen über die drohende Finanzkrise des Bundes von niemand mehr abgenommen werden, will er jetzt der Bundesregierung die Verantwortung für die Länderfinanzen aufladen.

Seine eigene stabilitätspolitische Verantwortung als Ministerpräsident eines Bundeslandes tut Stoltenberg mit den Worten ab: "Es ist unmöglich, bei den freiwilligen Ausgaben der Länder für Bereiche wie Kulturpflege, Jugend und Sport erhebliche Kürzungen vorzunehmen, um ein wesentlich niedrigeres Wachstum zu erreichen. Wenn die Bundesregierung eine einschneidende Begrenzung der Haushaltsausgaben erreichen will, muß sie sich zur Kürzung bestehender rechtlicher Verpflichtungen durch ein Haushaltssicherungsgesetz entschliessen. Andernfalls übernimmt sie die volle Verantwortung für ein zu starkes Wachstum der Staatsausgaben in allen drei Ebenen." ("Deutschland Union-Dienst" Nr. 126/S. 3).

Er vergißt dabei, daß es in Artikel 109 Abs. 2 des Grundgesetzes heißt: "Bund und Länder haben bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen." Die Absicht, sich dieser verfassungsrechtlichen Verpflichtung zu entziehen, war schon bei der Behandlung des Stabilitätsprogramms der Bundesregierung durch die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat zu bemerken und wurde nach der letzten Sitzung des Finanzplanungsrates am 27. Juni 1973 offensichtlich.

Welcher Methoden sich Ministerpräsident Stoltenberg dabei bedient, ist noch in frischer Erinnerung, als er den Vorschlag machte, die Länder aus ihrer Mitleistungsverpflichtung bei den Gemeinschaftsaufgaben zu entlassen ("Handelsblatt" vom 3. April 1973 und in der Bundestagsdebatte am 5. April 1973). Die zutreffende Einschätzung von der Seriosität dieses Vorschlages hatte sein Finanzminister, der darauf verwies, daß so etwas garnicht gehe, weil dazu notwendig sei, eine Grundgesetzänderung herbeizuführen (Bundesratssitzung vom 4. Mai 1973). Dr. Stoltenberg scheint nämlich vergessen zu haben, daß die Gemeinschaftsaufgaben nach der Verfassung Aufgaben der Länder sind. Er versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als ob alles auf Bundesgesetzen beruhe, an denen die Länder nicht mitwirkten.

Dem Bund ein Haushaltssicherungsgesetz zu empfehlen, um die Länder vor größeren Stabilitätsanstrengungen zu schonen, ist ersichtlich die neue politische Linie der CDU. Auch andere CDU-Mi-

präsidenten und Finanzminister betreten schon diesen Kieler Dampfer.

Weil Dr. Stoltenberg weiß, daß seit dem Jahre 1965 das Wort "Haushaltssicherungsgesetz" mit der CDU/CSU-Politik verbunden ist und verbunden bleibt, versucht er, dieses Kuckucksei der sozialliberalen Koalition unterzuschieben. Um sich der stabilitätspolitischen Verantwortung zu entziehen, bemüht er in durchsichtiger Weise auch den Finanzplanungsrat als Alibi.

Obwohl der Finanzplanungsrat in der Sitzung am 27. Juni 1973 einheitlich zu der Auffassung gelangt war, daß es auch für das Jahr 1974 einer wirksamen Unterstützung der stabilitätspolitischen Bemühungen durch eine restriktive Haushaltspolitik bedarf und sich die Haushalte des Jahres 1974 deshalb vorrangig an den stabilitätspolitischen Erfordernissen des Jahres 1974 orientieren sollen, haben die CDU/CSU-geführten Länder einem Vorschlag des Bundesministers der Finanzen, die Zuwachsrate des öffentlichen Gesamthaushalts 1974 auf 10,9 vH zu begrenzen, nicht zugestimmt.

Wenn Ministerpräsident Stoltenberg seine stabilitätspolitische Abstinenz damit begründet, daß die vorgeschriebenen Grundannahmen für die Haushaltsgestaltung bis jetzt fehlten, so übersieht er dabei geflissentlich, daß es sich bei der genannten Begrenzung des Ausgabenzuwachses auf 10,9 vH um die grundlegende Annahme für die Einpassung der öffentlichen Haushalte in den gesamtstaatlichen Rahmen handelt. Die Unterlagen für ein besser abgestimmtes Verhalten von Bund, Ländern und Gemeinden, deren Vorlage im Finanzplanungsrat von Ministerpräsident Stoltenberg gefordert wird, sind den Mitgliedern des Finanzplanungsrates am 27. Juni 1973 in Form von volkswirtschaftlichen Grundzahlen des Bundesministeriums für Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Dieses Material war auch Ausgangspunkt für die von der Mehrheit des Finanzplanungsrates empfohlene Zuwachsrate von 10,9 vH für den öffentlichen Gesamthaushalt 1974.

Die Behauptung Stoltenbergs, die Zuwachsrate der Länderhaushalte wäre im Jahre 1974 nicht auf 10,9 vH zu begrenzen, weil der Bund den Ländern ständig neue finanzielle Verpflichtungen aufbürden würde, ist eindeutig falsch. Die Mehrbelastungen aufgrund neuer Gesetze bzw. Gesetzentwürfe des Bundes halten sich in engen Grenzen und wirken sich auf die Zuwachsrate des Jahres 1974 noch nicht einmal in einem Zehntel Prozentpunkt aus. Vielmehr erscheint es erforderlich, daß sich die Länder im Bundesrat bei ihren Gesetzinitiativen größere Zurückhaltung auferlegen, um stabilitätspolitisch vertretbare Zuwachsraten bei Bundes- und Länderausgaben zu ermöglichen.

(-/6.8.1973/ wt/ee)

Die Diskussion in der SPD

Anmerkungen zu aktuellen Vorgängen

Die entschlossene Beilegung der parteiinternen Auseinandersetzung in der SPD Nordrhein-Westfalens sollte nicht nur in den sozialdemokratischen Parteigliederungen im ganzen Bund, sondern auch außerhalb der größten Partei Westdeutschlands sehr nachdrücklich und nachdenklich zur Kenntnis genommen werden. Dabei wird man ganz notwendigerweise stets ins Kalkül ziehen müssen, daß die SPD wie jede wirklich demokratische Partei genau so von der inneren Diskussion lebt, wie der demokratische Staat selbst. Diese Freiheit der Meinungsäußerung findet dort ihre zwar freiwillig gesetzten, aber gerade deshalb umso strikter zu beachtenden Grenzen, wo sie ins Persönliche überkippt und damit die sachliche Grundlage verläßt oder wo sie die Demokratie selbst als Ganzes und in ihren Grundlagen und Grundsätzen bedroht.

Für die SPD ergibt sich aus Vorgängen wie die der letzten Tage in NRW oder auch in anderen Ländern und Städten, etwa in München, die Aufgabe einer verstärkten inneren Diskussion, insbesondere in den Parteigliederungen selbst. Die sehr pointierte Äußerung des Parteivorsitzenden am Höhepunkt der Differenzen in Düsseldorf gibt einen sehr brauchbaren Rahmen für diese Diskussionen und Debatten, in denen sich die gesamte Mitgliedschaft in der notwendigen Aktivität mit Problemen und Vorgängen befassen muß, die jedes der 970.000 oder jetzt schon 980.000 Mitglieder unmittelbar und direkt angehen.

Willy Brandts massive Warnung vor "Kurzsichtigkeit und Bedenkenlosigkeit", mit der Sozialdemokraten in NRW zentral wichtige Punkte der Partei- und Koalitionspolitik zu zerreden drohten, ist keinesfalls nur auf den Düsseldorfer Vorgang allein gemünzt gewesen. Unbeschadet der hier noch einmal hervorzuhebenden gerade auch parteiinternen Diskussions- und Meinungsfreiheit in den vernünftigerweise selbstgesetzten Grenzen bleibt es das übergeordnete Postulat an alle, die sich angesprochen fühlen müssen, bei jedem Beitrag, der zu den notwendigen Reformen und Veränderungen geleistet wird, nicht das Interesse des Ganzen und des Gemeinsamen aus den Augen zu verlieren: in der Sache und in der Form.
(ee/6.8.1973/ks/ee)

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Steiner-Detektiv" Reddemann und Julius Steiner

Das offizielle Zentralorgan der Jungen Union der CDU, "Die Entscheidung", veröffentlicht in ihrer soeben erschienenen Juli-Ausgabe 1973 auf Seite 39 unter der Überschrift "Affäre Steiner/Wie man sich irren kann, Herr Reddemann!" einen Auszug aus der eigenen Dezember-Ausgabe 1963. Dort hatte das damalige Mitglied des Deutschlandrates der Jungen Union, der heutige CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Reddemann, selbst Mitbegründer und bis 1969 Chefredakteur der "Entscheidung", einen "Nachruf" zu dem Ausscheiden des damaligen baden-württembergischen Landesvorsitzenden der Jungen Union und CDU-Bundestagsabgeordneter bis 1972, Julius Steiner, aus der Jungen Union veröffentlicht.

Der "Nachruf" Reddemanns auf Steiner lautet nach der Wiedergabe in der "Entscheidung" wörtlich:

"... Ähnlich verhielt sich Julius Steiner, der Mann, der ebenso schnell anzugreifen wie geschickt vermitteln konnte. Er stand nur selten im Mittelpunkt großer Veranstaltungen des Bundesverbandes. Aber er betätigte sich als der zähe und arbeitsame Mitarbeiter, dessen wohltemperierte Art allzu grelle Schlaglichter wieder auf die normale Lichtstärke zurückdrehte und jener Solidarität das Wort redete, die auch im Leben eines Verbandes junger Politiker wichtig ist. Steiners Verhandlungsgeschick machte ihn Jahre hindurch zum geschätzten Konferenzteilnehmer internationaler Zusammenkünfte, und ich bedaure heute noch, nicht wenigsten

einen seiner plastischen Erfahrungsberichte auf einem Tonband konserviert zu haben. Sie verwiesen ganze Legionen sogenannter Reiseschriftsteller auf die Bank der Stümper.

Es widerstrebt mir, die Lebensbilder dieser drei Freunde (Dr. Pirkli, Dr. Even, Julius Steiner) allzu ausführlich darzustellen, ihnen sozusagen einen Nachruf auf die für sie entschwundene JU-Zeit zu verfassen. Für Nachrufe sind mir die drei zu jung. Wir erwarten von ihnen nicht nur Remiszenzen an jene längst vergangenen Zeiten, in denen man von einer organisierten Improvisation in die andere stürzen mußte, um dann noch diesen Bau der Jungen Union Deutschlands gut unter Dach und Fach zu bringen."

Nachschrift des SPD-Pressedienstes: Die Bezeichnung "Steiner-Detektiv" für Gerhard Reddemann ist in dem Vorspann der "Entscheidung" (Juli 1973) für die Reddemann-Reminiszenz enthalten. Der CDU-Abg. Gerhard Reddemann ist bekanntlich einer der aktivsten Oppositionsmitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Bundestages zum "Fall Steiner". Er hat in den letzten Wochen immer wieder zu "Höhepunkten" der Steiner-Untersuchung beigetragen, ohne daß dadurch Klarheit in die verworrenen Vorgänge gebracht wurde. Man sollte aber auch heute nicht übersehen, daß der CDU-Abg. Gerhard Reddemann den sonst bis zum Ausbruch des nach ihnen benannten Falles unbekannt gebliebenen Julius Steiner in bemerkenswerterweise hochgelobt hatte.

(6.8.1973/ks/ee)